

DSTG magazin

Gewerkschaftsorgan der
Deutschen Steuer-Gewerkschaft
Juli/August 2009 · 58. Jahrgang

7/8



Der neue Berliner Finanzsenator Dr. Ulrich Nußbaum (Mitte) empfing DSTG-Chief Dieter Ondracek (re.) und Bundesgeschäftsführer Rafael Zender zu einem ersten Meinungsaustausch.

Berliner Projekt „Finanzamt 2010“
im Konsens verwirklichen

BMF äußerst aktiv bei der
Bekämpfung der Steuerhinterziehung

Druck auf Steuersünder
wächst durch Kooperation



> Editorial

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Wahlperiode des Deutschen Bundestages ist auf der Zielgeraden angelangt. Steuerpolitisch geht eine Periode zu Ende, in der so viele Steuergesetze verabschiedet wurden wie nie zuvor in einem Zeitraum von vier Jahren. Bei allen Gesetzesvorhaben war die DSTG zu den Anhörungen im Bundestags-Finanzausschuss geladen und hat vor diesem Gremium ihre Stellungnahmen und Meinungen vertreten. Nicht immer wurde auf uns gehört, dennoch möchte ich an dieser Stelle allen Abgeordneten des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages sehr herzlich danken für die gute und faire Behandlung und die enge Zusammenarbeit, die zwischen den Abgeordneten und der DSTG herrscht.

Dank sage ich vor allem dem Vorsitzenden des Finanzausschusses Eduard Oswald, der engen Kontakt mit der DSTG pflegte und die DSTG-Vertreter in den Sitzungen immer mit besonderer Beachtung zu Wort kommen ließ.

Dass manchmal die Ratschläge der DSTG unberücksichtigt bleiben, ist normal. Etwas anderes kann man in einer pluralistischen Gesellschaft nicht erwarten. Es ist aber positiv anzumerken, dass die Damen und Herren im Finanzausschuss oftmals im Nachhinein zugeben mussten, die DSTG habe mit ihrer Meinung richtig gelegen. Nicht nur die Pendlerpauschale ist ein solches Beispiel. Zu der guten Kultur einer Demokratie gehört, dass dem Anderen zugehört, dass Argumente aufgenommen und geprüft werden. Wenn die Politik Ratschläge nicht aufnimmt und anders entscheidet, muss sie dies verantworten. Auch wenn vielerorts über die Abgeordneten geschimpft wird, die Mitglieder des Finanzausschusses haben intensiv gearbeitet und zuweilen nächtelang um Entscheidungen gerungen. Dies kann ich ihnen als enger Beobachter der Szene bescheinigen.

Die DSTG ist parteipolitisch neutral. Sie vertritt in Steuerfragen ihre Position, wobei ihre Kriterien – einfach, gerecht, praktikabel – vollziehbar sind. Darüber hinaus weisen wir bei jeder Gelegenheit darauf hin, dass die Steuerverwaltung personell zu knapp bestückt ist. Dadurch geht Geld verloren. Mit mehr Personal in der Steuerverwaltung könnte die Steuerhinterziehung zurückgedrängt und die Staatsfinanzen erhöht werden. Diese Kritik wird in Berlin sehr wohl gehört, für das Personal aber sind die Länder zuständig.

Wir stellen Ihnen in der nächsten Ausgabe des Magazins zeitnah zum Wahltermin die steuerpolitischen Aussagen der Parteien in ihren Wahlprogrammen wertneutral dar. Wir sagen aber deutlich an dieser Stelle, dass wir für Steuersenkungen keinen Spielraum sehen. Machbar sind allenfalls verfassungsrechtlich gebotene Anhebungen der Grundfreibeträge und Abmilderungen im Progressionsverlauf. Gegebenenfalls müssen auch Korrekturen auf Grund von Verfassungsurteilen umgesetzt werden (häusliches Arbeitszimmer, Kosten berufsbedingter Kinderbetreuungskosten). Mehr an Entlastungen geht in der nächsten Legislaturperiode sicher nicht.

Wir stellen Ihnen in dieser Ausgabe des Magazins die Damen und Herren Abgeordneten des Finanzausschusses vor, mit denen wir gut kooperiert haben.

Eine Wahlempfehlung geben wir bewusst nicht, weil Sie auch ohne Rat wissen, welcher Partei Sie was zutrauen. Eine Bitte allerdings an dieser Stelle: Gehen Sie alle zur Bundestagswahl und unterstützen Sie, soweit es Ihnen möglich ist, die Kandidatinnen und Kandidaten, die der DSTG gewogen sind. Nur so können wir die Macht des Stimmzettels nutzen, den einen durch Wiederwahl zu danken und andere aber abzuwählen.

Mit kollegialen Grüßen

> Impressum

Herausgeber: Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon 030.206256-600, Telefax 030.206256-601, Internet: www.dstg-verlag.de, E-Mail: dstg-bund@t-online.de. **Verantwortlich:** Dieter Ondracek, Rafael Zender. **Verlag:** Steuer-Gewerkschaftsverlag, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon 030.206256-650, Telefax 030.206256-601, E-Mail: stgv@dstg-verlag.de. **Fotos:** Windmüller, DSTG-Archiv, Fiegel, MEV. **Anzeigenverwaltung DSTG magazin:** Steuer-Gewerkschaftsverlag, Elke Schmidt, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon 030.206256-650, Telefax 030.206256-601, E-Mail: stgv@dstg-verlag.de. **Anzeigenpreisliste** Nr. 24 gültig ab 1. Oktober 2005. Nachdruck honorarfrei gestattet. **Gestaltung:** Marian Neugebauer. **Bezugsbedingungen:** Das DSTG magazin erscheint zehnmal jährlich. Der Bezugspreis ist durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Dem DSTG magazin regelmäßig beigelegt ist „Die Steuer-Warte“ und einem Teil der Ausgabe, neunmal im Jahr, „Die Steuer-Gewerkschaft in Nordrhein-Westfalen“. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen in jedem Fall nur die Meinung des Verfassers dar.

Herausgeber der dbb seiten: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstr. 169/170, 10117 Berlin, 030.4081-40, Telefax 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. E-Mail: magazin@dbb.de. **Chefredaktion:** Dr. Walter Schmitz; **Redaktion:** Christine Bonath, Jan Brenner; **Redaktionssekretärin:** Sabrina Bruns. **Redaktionsschluss** am 10. jeden Monats. Namensbeiträge stellen in jedem Falle nur die Meinung des Verfassers dar. **Gestaltung:** Marian Neugebauer. **Fotos:** dpa, Fiegel, MEV. **Verlag:** dbb Verlag GmbH. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, Telefon 030.7261917-0, Sparkasse Köln/Bonn, Konto 21 006 903. Commerzbank Berlin, Konto 0 733 998. **Versandort:** Düsseldorf. **Herstellung und Anzeigen:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, Internet www.vva.de, E-Mail info@vva.de. **Anzeigenleitung:** Ulrike Niggemann. **Anzeigenverkauf:** Panagiotis Chrissovergis, Tel. 0211.7357-841, **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, Telefon 0211.7357-563, Telefax 0211.7357-507. Anzeigentarif Nr. 49 (dbb magazin), gültig ab 1. 10. 2007. **Druckauflage** dbb magazin: 768.550 Exemplare (IVW 1/2009). **Vertrieb:** Tel. 0211.7357-155, Telefax 0211.7357-891. ▶ **Anzeigenschluss** 6 Wochen vor Erscheinung. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff. **ISSN 0178-207X**

> DSTG

- > Berliner Projekt „Finanzamt 2010“ im Konsens verwirklichen 4
- > BMF äußerst aktiv bei der Bekämpfung der Steuerhinterziehung 4
- > Druck auf Steuersünder wächst durch Kooperation 5
- > Bezirksverbandstag Düsseldorf: Mit rosaroter Brille wird Realität der Verwaltung geschönt 6
- > Chefsessel der OFD in Hannover neu besetzt 7
- > Meinolf Guntermann führt dbb in NRW 8
- > 54. Internationales Finanzsportturnier in Belgien – Am Ende zählte nur der olympische Gedanke 8
- > Hohe Risiken am grauen Kapitalmarkt müssen mit Regeln gezähmt werden 10
- > Die Abgeordneten des Finanzausschusses im ständigen Kontakt mit der DSTG 12
- > Gewerkschaftsseminar mit regionalem Bezug in Sachsen-Anhalt 14
- > Gewerkschaftspolitische Seminare der Bundesleitung sehr beliebt 14
- > Dieter Ondracek zu Gast auf dem Parteitag der SPD Bayern 15
- > Frauen führen anders 15
- > TAUSCHHECKE 16

> dbb

- > dbb Bundeshauptvorstand: Timmendorfer Beschlüsse 17
- > KV-Urteil des BVG 18
- > 9. Deutscher Seniorentag 19
- > Fortentwicklung des öffentlichen Dienstes 20
- > Beamtenstatus und Dienstrecht 21
- > Neues Besoldungsrecht 23
- > mitgliederservice 24
- > frauen: 7. Frauenpolitische Fachtagung – Sind Männer und Frauen gleich? 26
- > die andere meinung: Schwarzarbeit – Kein Kavaliersdelikt 28
- > jugend: Jugendpolitische Veranstaltung 30
- > europa: Europawahlen 2009 32
- > nachgefragt: Bei Ulrich Müting – Steuerhinterziehung 34
- > senioren: Auswandern und Sozialleistungen 38
- > Personalentwicklung: Krise für Neueinstellungen nutzen 39
- > reportage: Finanzkontrolle Schwarzarbeit – Unverhofft kommt oft 40
- > Interview mit Peter Schaar, Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit 46

Berliner Projekt „Finanzamt 2010“ im Konsens verwirklichen

Kurz nach seiner Amtsübernahme traf der neue Berliner Finanzsenator Dr. Ulrich Nußbaum mit DSTG-Chef Dieter Ondracek und DSTG-Bundesgeschäftsführer Rafael Zender zu einem ersten Gespräch zusammen. Nach einer Erörterung und Analyse der aktuellen steuerpolitischen Lage sprach DSTG-Chef Dieter Ondracek die unzureichende Bezahlungslage in

der Berliner Finanzverwaltung an. Einigkeit bestand mit Finanzsenator Nußbaum, dass in diesem Punkt dringender Handlungsbedarf für Verbesserungen besteht. Im Hinblick auf das Berliner Projekt „Finanzamt 2010“, das Großbezirke einschließlich Vollstreckung vorsieht, erläuterte Ondracek die Bedenken der Berliner Kolleginnen und Kollegen. Finanzsenator

Nußbaum kommentierte das seit 2001 laufende Strukturkonzept. Er sei darum bemüht, die Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern bei den Veränderungen „mitzunehmen“. Er respektiere ihre Arbeit sehr und werde nichts mit der „Brechstange“ durchsetzen. Das Projekt werde aber auch nicht gestoppt bzw. aufgegeben. Man müsse sich die Ergeb-

nisse ansehen und dann entscheiden. Er könne sich vorstellen, dass das Projekt mit verschiedenen Geschwindigkeiten umgesetzt werde. Bei den Entscheidungen, wo das Projekt Anwendung finden soll, werde sicherlich die Meinung der Vorsteher berücksichtigt, ob sie die Umsetzung in ihrem Amt für möglich halten. ■

BMF äußerst aktiv bei der Bekämpfung der Steuerhinterziehung

4

Meinungsaustausch

Zu dem bereits Tradition gewordenen offenen Meinungsaustausch über aktuelle steuerpolitische Entwicklungen trafen sich DSTG-Chef Dieter Ondracek und DSTG-Bundesgeschäftsführer Rafael Zender mit dem Steuerabteilungsleiter im Bundesministerium der Finanzen, Ministerialdirektor Florian Scheurle.

Zur steuerlichen Auswertung der Rentenbezugsmitteilungen (RBM) ab dem VZ 2005 bestand zwischen den Gesprächsteilnehmern Einigkeit, dass aus verfassungsrechtlichen Gründen eine Nichtaufgriffsgrenze nicht in Betracht komme. Scheurle erklärte, dass Bund und Länder ein spezielles Risikomanagementsystem mit dem Ziel entwickelt hätten, am steuerlichen Risiko orientierte Kriterien bei der Prüfung des einzelnen Steuerfalles anzulegen. Hierbei werde die Finanzverwaltung selbstverständlich mit Augenmaß vorgehen. Ondracek erinnerte an die Forderung der DSTG nach einer verwaltungsökonomi-

schen Bagatellgrenze für solche Fälle, die schon seinerzeit beim Gesetzgebungsverfahren zum Alterseinkünftegesetz auf den Tisch gelegt wurde. Wenn ein intelligentes Modell gefunden werden könne, sei dies zu begrüßen. Auf jeden Fall müsse unnötige Arbeit von den Kolleginnen und Kollegen ferngehalten werden.

Das Thema Nichtanwendungserlasse zu BFH-Entscheidungen war zuletzt wieder öffentlich diskutiert worden und Gegenstand parlamentarischer Anfragen im Deutschen Bundestag. Hierzu erläuterte Scheurle, dass Entscheidungen des BFH nur die am Rechtsstreit Beteiligten binden. Die Finanzverwaltung sei kraft Verfassung und Gewaltenteilung zur eigenverantwortlichen Prüfung der Rechtsanwendung berechtigt und verpflichtet. In der weitaus überwiegenden Anzahl der Fälle entscheide sich die Finanzverwaltung für eine allgemeine Anwendung der BFH-Rechtsprechung. Lediglich in etwa jedem 60. Fall



> BMF-Steuerabteilungsleiter Florian Scheurle (Mitte) mit Dieter Ondracek (re.) und Rafael Zender.

ergehe ein mit den Ländern abgestimmter und begründeter Nichtanwendungserlass, weil Bedenken gegen eine Anwendung der Rechtsprechung über den entschiedenen Einzelfall hinaus bestehen. Eine Nichtanwendung könne durchaus auch zugunsten der Steuerpflichtigen erfolgen. Die Zahl der Rechtsprechungsänderungen durch den BFH hin-

gegen sei etwa dreimal so hoch. Es sei also durchaus angebracht, dem BFH in Einzelfällen Gelegenheit zur Überprüfung seiner Rechtsauffassung zu geben.

DSTG-Chef Dieter Ondracek sprach die weitere Entwicklung der Kfz-Steuer an. Scheurle führte aus, dass dem Bund seit dem 1. Juli 2009 die Verwaltung dieser Steuer obliege

und er davon ausgehe, dass es bei der neuen CO₂-orientierten Kfz-Steuer bliebe. Die Unterstützung des Bundes durch die Kolleginnen und Kollegen in den Ländern im Rahmen einer Organleihe sei bis 2014 angelegt. In der Diskussion wurden auch Alternativen zur Kfz-Steuer erörtert. Einer Umlage auf die Mineralölsteuer stehen laut Scheurle verschiedene Gründe entgegen, u. a. der dann zunehmende Tanktourismus in Grenzgebieten und die Schwierigkeiten bei der Integration bestehender Ausnahmeregelungen der Kfz-Steuer.

Die internationalen steuerrechtlichen Aufgaben des Bundesfinanzministeriums waren ebenfalls Gesprächsgegenstand. Dabei erläuterte Scheurle die Fortschritte auf dem Gebiet der Bekämpfung der Steuerhinterziehung im Bereich der EU und der OECD. Insbesondere bei der Durchsetzung des OECD-Standards von Transparenz und Auskunftsaustausch sei es gelungen, in den letzten Monaten mehr Fortschritte zu erzielen als in den zehn Jahren zuvor. Was viele nicht wüssten: für eine entsprechende Einzelanfrage auf Ersuchen müsse kein Anfangsverdacht auf Steuerhinterziehung bestehen, sondern

der anfragende Staat müsse lediglich darlegen, warum die erbetenen Informationen für das „einfache“ Besteuerungsverfahren voraussichtlich relevant seien. Man habe mit zahlreichen Staaten wie z. B. mit Isle of Man, Jersey, Guernsey und Bermuda bereits entsprechende Auskunftsabkommen abschließen können, so Scheurle. Zuletzt habe er am 10. Juli ein entsprechendes Abkommen mit Liechtenstein paraphiert. Mit weiteren zahlreichen – auch benachbarten – Staaten sei man zwar in guten Gesprächen, wobei die Verhandlungen insbesondere mit solchen Staaten, die bisher ein Bankgeheimnis auch für Steuerausländer hätten, mitunter nicht gerade einfach seien. Diese würden zum Teil Gegenforderungen für die Vereinbarung des Informationsaustauschs stellen. Bei den Verhandlungen gehe es daher darum, einerseits den Auskunftsaustausch nach OECD-Standard zu vereinbaren, andererseits aber auch die wirtschaftlichen und fiskalischen Interessen Deutschlands zu wahren.

Bei den weiteren Arbeiten auf OECD-Ebene wolle man jetzt sicherstellen, dass den angekündigten Versprechungen vieler Staaten, den OECD-Standard zu akzeptieren, auch Taten folgen.

Anhand entwickelter Standards eines „peer reviews“ werde zu überprüfen sein, ob der jeweilige Staat die rechtlichen Voraussetzungen für die Umsetzung des OECD-Standards geschaffen habe und ob der Auskunftsaustausch in der Praxis auch tatsächlich und effektiv funktioniere. Die entsprechenden Gremien der OECD, in denen Scheurle selbst und seine Mitarbeiter intensiv mitwirken, arbeiten derzeit an der Entwicklung eines entsprechenden „Monitoring-Prozesses“.

Flankiert würden die Aktivitäten auf internationaler Ebene durch nationale Maßnahmen. Der Bundesrat habe am 10. Juli dem Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz zugestimmt; durch dieses Gesetz werde die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates ermächtigt, besondere Mitwirkungs- und Nachweispflichten für Steuerpflichtige mit Geschäftsbeziehungen zu Staaten und Gebieten festzulegen, die nicht zum Auskunftsaustausch in Steuersachen bereit seien. Bei Nichterfüllung dieser Nachweispflichten können dem Steuerpflichtigen bestimmte steuerliche Regelungen, z. B. der Werbungskosten- bzw. Betriebsausgabenabzug oder die Ermäßigung des Quellensteuerabzugs, verweigert werden.

Die Rechtsverordnung werde derzeit innerhalb der Bundesregierung abgestimmt. Scheurle hoffe, dass die Verordnung alsbald vom Bundeskabinett beschlossen werde und der Bundesrat zustimme. Danach werde geprüft, welche Staaten nicht zum Auskunftsaustausch mit Deutschland bereit seien; diese würden dann in einem BMF-Schreiben bekannt gegeben.

Im Rückblick auf die zu Ende gehende Legislaturperiode, in der die Abfolge der Gesetzgebungsverfahren sehr dicht war, äußerten die Gesprächsteilnehmer für die kommende Legislaturperiode den gemeinsamen Wunsch nach deutlich weniger Gesetzgebungsverfahren. Alle Gesprächsteilnehmer waren sich einig, dass das Steuerrecht nicht zuletzt wegen der äußerst hohen Schlagzahl der steuerrechtlichen Änderungen als kompliziert empfunden werde. Steuerpflichtige, Steuerberater und Finanzverwaltung seien durch die ständigen steuerrechtlichen Änderungen viel zu stark belastet. Allerdings müsse auch die sich selbst nährende Steuervermeidungsindustrie ihren Teil dazu beitragen, dass der Gesetzgeber seine Aktivitäten herunterfahren könne. ■

Druck auf Steuersünder wächst durch Kooperation

Mit den Beschlüssen der internationalen Konferenz gegen Steuerbetrug, die Mitte Juni dieses Jahres in Berlin gefasst wurden, wächst der Druck auf „Steueroasenländer“, die Zusammenarbeit in Steuersachen zu verbessern. 18 Staaten haben einen Sanktionskatalog

gegen solche Länder beschlossen, die sich derzeit den internationalen Standards zur steuerlichen Zusammenarbeit entziehen. Das Abschlusskommunique, das sämtliche Teilnehmer – damit also auch Österreich, die Schweiz und Luxemburg – voll unterstützen, er-

möglicht Sanktionen in solchen Fällen, in denen Länder den internationalen Standards zum Informationsaustausch in Steuersachen nicht oder nur verzögert nachkommen. Die Finanzminister der beteiligten Länder haben sich darauf verständigt mit der Organisation

für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) einen Überprüfungs- und Evaluierungsprozess einzuleiten.

Der beschlossene Maßnahmenkatalog gegen unkooperative Staaten enthält Maßnahmen, die von einer höheren Quellensteuer auf Kapitalerträge, die in Steueroasenländer fließen, bis hin zu der Nichtberücksichtigung der von dort anfallenden Betriebsausgaben reichen können. Jedes

Land entscheidet selbst, welche Sanktionen es einsetzen will, um den bilateralen Informationsaustausch zu verbessern. In Deutschland werden mit dem Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz dafür die gesetzlichen Grundlagen geschaffen. Das Gesetz verlangt von Personen u. a. erweiterte Mitwirkungspflichten, wenn sie Geschäfte mit Staaten tätigen, welche die OECD-Standards nicht einhalten. Verweigert ein Steuer-

pflichtiger die Zusammenarbeit mit den Steuerbehörden, droht ihm die Anerkennung von Werbungskosten oder es wird die Steuerbefreiung für Dividenden versagt. Auflagen und Sanktionen sollen im Wege einer Verordnung noch vor der Bundestagswahl im September dieses Jahres in Kraft gesetzt werden.

Einen vergleichbaren gesetzgeberischen Ansatz wählen die Vereinigten Staaten von

Amerika, die zum Beispiel den Druck auf die Schweiz zur Herausgabe von Daten amerikanischer Bankkunden massiv erhöht haben. Die amerikanische Steuerbehörde fordert pauschal die Herausgabe von 52.000 Kundendaten der Schweizer Bank UBS. Die OECD betont jedoch ausdrücklich, dass Drittländer nicht allgemein und ohne konkreten Hintergrund nach Bank- und Steuersachverhalten fahnden dürfen, sofern

sie es nicht ausdrücklich mit einem bestimmten Fall von Steuerhinterziehung oder -betrug zu tun hätten. Seit dem Weltfinanzgipfel Anfang April dieses Jahres ist dennoch deutlich Bewegung in das internationale Bestreben zur Austrocknung von Steueröasenländern gekommen. So hat sich die Zahl der Länder, die sich zur Zusammenarbeit nach den OECD-Standards bereiterklärt hat, um 40 erhöht. ■

Bezirksverbandstag Düsseldorf: Mit rosaroter Brille wird Realität der Verwaltung geschönt

Am 23. Juni 2009 fand in Wesel der Verbandstag des DSTG-Bezirksverbandes Düsseldorf statt, der den Bezirksverbandsvorsitzenden Marc Kleischmann und seinen Vorstand in eindrucksvoller Weise im Amt bestätigte. Die Delegierten dankten Kleischmann mit der Wiederwahl für die hervorragende gewerkschaftliche Arbeit der vergangenen vier Jahre. Stellvertretende Vorsitzende bleiben Birgit Weien, Jürgen Deimel, Karl-Heinz Leverkus und Reiner Vollmer, als Schatzmeister wurde Hans-Peter Kamps bestätigt. Kraft Satzung gehören die Bezirksfrauenvertreterin Maria Stellmach und die Bezirksjugendleiterin Karin Woll zum Vorstand.

Kleischmann zog in seiner Begrüßungsrede eine positive Bilanz seiner ersten vier Jahre als Vorsitzender des Bezirksverbandes Düsseldorf und betonte die hervorragende Zusammenarbeit im Vorstand und in der Geschäftsstelle. Trotz schwieriger politischer Rahmenbedingungen sei die gewerkschaftliche Unterstützung und der Mitgliederservice verbessert und aus-



Der Vorstand des Bezirksverbandes Düsseldorf, v. l. n. r.: Jürgen Deimel, Karl-Heinz Leverkus, Birgit Weien, Maria Stellmach, Marc Kleischmann, Rainer Vollmer, Karin Woll und Heinz-Peter Kamps.

gebaut worden. Kleischmann dankte dem ehemaligen Landesvorsitzenden und langjährigen Bezirksverbandsvorsitzenden Hans-Werner Kaldenhoff – Ehrenmitglied des Bezirksverbandes – für sein langjähriges gewerkschaftliches Engagement in der DSTG.

Zahlreiche Spitzenvertreter aus Verwaltung, Politik und befreundeten Bezirks- und Landesverbänden begrüßte der Bezirksverbandschef Kleischmann auf der öffentlichen Veranstal-

tung am Nachmittag. Mit Stolz resümierte der Bezirksverband, dass neben dem DSTG-Bundesvorsitzenden Dieter Ondracek auch der Ehrenvorsitzende der DSTG-Bund Werner Hagedorn anwesend war.

Zu einer Podiumsdiskussion waren die haushalts- und finanzpolitischen Sprecher sämtlicher Landtagsfraktionen geladen. Vervollständigt wurde die Runde durch Kollegin Kirsten Nielsen – Sachbearbeiterin beim Finanzamt Düsseldorf-

Altstadt – und dem stellvertretenden Bezirksverbandsvorsitzenden und Vorsitzenden des Bezirkspersonalrats Rheinland, Jürgen Deimel.

WDR-Moderator Wolfgang Buschfort leitete die Diskussion und konfrontierte die Politiker u. a. mit der Frage, warum Stellen in der Steuerverwaltung abgebaut werden, obwohl die Beschäftigten für das Land mehr Steuern einbringen, als sie Personalkosten verursachen. Trotz mehrfacher Nachfrage konnte diese Frage nach Meinung des Publikums nicht zufriedenstellend beantwortet werden. Auch der Argumentationsansatz mit einer grundlegenden Steuervereinfachung Entlastungswirkungen für die Steuerverwaltung zu generieren wurde im Hinblick auf die Erfahrungen in der Vergangenheit von Teilnehmern als wenig erfolgversprechend bezeichnet.

Eingerahmt wurde die Podiumsdiskussion von der Rede des DSTG-Bundesvorsitzenden Dieter Ondracek und einen lockeren Vortrag des Bezirksverbandschefs Marc Kleischmann, der süffisant neue Modetrends in der Verwaltung sowie eine rosarote Brille präsentierte – was man durch sie sieht, hat zwar nichts mit der Realität zu tun, aber wenn man sie aufhat, lässt sich die Realität besser ertragen. ■

Chefsessel der OFD in Hannover neu besetzt

Der Chefposten der Oberfinanzdirektion Hannover wurde neu besetzt. Oberfinanzpräsident Dirk hatte die Altersgrenze erreicht und ging in den Ruhestand. Der leitende Ministerialrat Ernst-Günter Kapitza wurde von Finanzminister Hartmut Möllring in das Amt des Oberfinanzpräsidenten eingeführt. Bei der feierlichen Verabschiedung und Amtseinführung in Hannover nahmen die Spitzen der Verwaltungen, der Wirtschaft, der steuerberatenden Berufe und alle Finanzamtsvorsteher Niedersachsens teil. Die DSTG vertraten Dieter Ondracek als Bundesvorsitzender, Dr. Thorsten Eichenauer als Landesvorsitzender und Günter Abelung als Bezirksvorsitzender und Vorsitzender des Bezirkspersonalrats.

Mit Dirk Franke geht ein Oberfinanzpräsident in den Ruhestand, der bei seinen Beschäftigten besonders beliebt war.

Er hielt guten Kontakt zur DSTG, war stets gesprächsbereit, hilfreich und innovativ. Sein freundliches Wesen brachte ihm bei den Kollegen Respekt und Anerkennung ein. Dies betonte auch Günter Abelung in seiner Rede, die er in seiner Funktion als Bezirkspersonalratsvorsitzender hielt. Der DSTG-Vorsitzende Dieter Ondracek dankte Dirk Franke für die gute Zusammenarbeit.

Mit Ernst-Günter Kapitza kommt für die DSTG kein Unbekannter auf den Chefsessel. Der leitende Ministerialrat Kapitza unterstützte bisher Finanzminister Möllring in seiner Eigenschaft als TdL-Vorsitzender bei Tarifverhandlungen. Von daher kennen ihn die DSTG-Vertreter. Ruhig, nüchtern und sachlich hat er in der TdL seinem Minister zugearbeitet. Die DSTG wünscht ihm bei der neuen Tätigkeit viel Erfolg.



> Der neue Oberfinanzpräsident der OFD Hannover, Ernst-Günter Kapitza (re.), im Gespräch mit Dieter Ondracek.

ZEIT FÜR EINEN „FARB-WECHSEL“!



Jetzt günstig (um)finanzieren:
3,70%
Gleich anrufen
0180 5222170
% d./Mtl. aus dem dL festzins. Mobilfunknetze abwärts der Kosten.
Montag bis Freitag: 8-00 Uhr bis 08 Uhr
www.dbb-vorsorgewerk.de

Nutzen Sie die Wüstenrot-Wechsel-Wochen.

Machen Sie jetzt einen Finanz-Check! Überzeugen Sie sich von den attraktiven Wüstenrot-Produkten. Profitieren Sie dabei von den exklusiven Vorteilsbedingungen für dbb-Mitglieder bei Bausparen und Baufinanzierung:

- Halbe Abschlussgebühr beim Bausparen
- 0,3% Zinsvorteil für Baufinanzierungen

Riester-Förderung:
Bei Wüstenrot jetzt für Bausparen und Baufinanzierung!



* Wüstenrot Constant mit Ideal Bausparvertrag, Vorausdarlehen, effektivster Jahreszins ab 3,76%, fest bis Zuteilung, Gesamtlaufzeit rd. 10 Jahre, Angebot frei bleibend. Enthält bereits den dbb-Mitgliedervorteil von 0,3%.



Meinolf Guntermann führt dbb in NRW

Meinolf Guntermann, Vorsitzender des DSTG-Bezirksverbandes Westfalen-Lippe und stellvertretender Landesvorsitzender des dbb nrw wurde auf dem Landesverbandstag des dbb nrw am 19. Juni 2009 zum neuen Vorsitzenden gewählt. Mit einem herausragenden Ergebnis von über 90 % der Stimmen wurde der Vorsitzende des DSTG-Bezirksverbandes Westfalen-Lippe an die Spitze des größten Mitgliedsverbandes im Deutschen Beamtenbund gewählt.

Kollege Meinolf Guntermann ist seit 1992 in der Landeslei-



> Der stellvertretende DSTG-Bundesvorsitzende und Vorsitzende des DSTG-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, Manfred Lehmann, gratuliert dem neu gewählten Vorsitzenden des dbb nrw beamtenbund und tarifunion, Meinolf Guntermann, zu seiner hervorragenden Wahl an die Spitze des größten dbb Landesbundes.

tung der DSTG aktiv und seit 1997 stellv. Vorsitzender des dbb Nordrhein-Westfalens. Auf der Öffentlichkeitsveranstaltung forderte Guntermann im Beisein von Spitzenvertretern der Landesregierung, des Landtages und der Landesverwaltung ein Ende der Sonderopfer für den öffentlichen Dienst. Gerade die Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung hätten bewiesen, dass sie flexibel, engagiert und belastbar seien. Dies müsse nach Jahren der Benachteiligung und harten Einschnitten honoriert werden. Der öffentliche Dienst sei nicht nur Personalkostenverursacher, sondern leistungsstarker Aktivposten für den Standort Nordrhein-Westfalen. ■

54. Internationales Finanzsportturnier in Belgien

Am Ende zählte nur der olympische Gedanke

Nicht Siegen ist alles, sondern die Teilnahme ist entscheidend. Das war das positive Fazit der deutschen Delegation nach Abschluss des 54. Internationalen Finanzsportturniers vom 7. bis 12. Juni 2009 in Hasselt (Belgien). 2008 noch als Sieger der Nationenwertung beim Heimspiel in Saarbrücken gefeiert, machte das deutsche Team diesmal mit dem anderen Ende der Tabelle Bekanntschaft.

In den Sportarten Fußball, Schach, Tennis und Tischtennis ermittelten Belgien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Luxemburg, Österreich und Ungarn bei dem jährlich stattfindenden Internationalen Finanzsportturnier die Europasiieger. Angeführt wurde die deutsche Delegation von dem Vorsitzenden der Deutschen Finanzsport-

hilfe (DFSH), Josef Küpper, seinem Stellvertreter Markus Scholl und DFSH-Geschäftsführer Heinz Gewehr.

Die Fußballer der Finanzsportgemeinschaft Kusel empfanden es als große Ehre, mit den deutschen Farben international spielen zu dürfen.

„Da wir Deutschland vertreten, hätten wir theoretisch Spieler aus Finanzämtern im ganzen Bundesgebiet mitnehmen können. Wir haben aber bewusst nur Spieler aus Rheinland-Pfalz genommen“, erklärte Mario Trumm, Vorstandsmitglied der Kuseler Finanzsportgemeinschaft.

Neben neun Kickern vom Finanzamt Kusel-Landstuhl waren noch sieben Akteure aus den Finanzämtern Neustadt, Kaiserslautern, Frankenthal, Koblenz

und Zell mit von der Partie. Zum Einsatz sollten auch die Kuseler Spieler kommen, die „zwar schon etwas älter sind, aber jahrelang für die Mannschaft die Knochen hingehalten haben“. Den Rückhalt der Mannschaft bildete die Defensive um Torwart Lars Karr vom FA Frankenthal. Karr steht beim Verbandsligisten ATSV Wattenheim zwischen den Pfosten, dem Klub von Ex-Bundesligaprofi Mario Basler.

Kusel hatte sich ursprünglich nicht qualifiziert. Im vergangenen Jahr verlor das Team im Finale um die deutsche Meisterschaft in Würzburg 2:3 gegen das FA Neumünster. Der Sieger verzichtete aber überraschend und kurzfristig auf die Teilnahme an der „Europa-Meisterschaft“.

Gegen Gastgeber Belgien und die Auswahlmannschaften aus Ungarn und Luxemburg musste das Team von Trainer Gunter Hahn in der Vorrunde ran. Drei Spiele in drei Tagen, das ging an die Substanz.

Die Mannschaft startete mit einer Niederlage. Das Team unterlag gegen den Gastgeber und späteren Endspielsieger Belgien klar mit 0:4. Bereits zur Halbzeit hatte die deutsche Mannschaft mit 0:3 zurückgelegen. Kurz nach der Halbzeitpause hielt Torwart Lars Karr zwar einen Elfmeter, die semi-professionellen Belgier waren Deutschland aber in allen Belangen überlegen. Die belgische Mannschaft hatte zumindest Oberligaformat und sich mit zwölf Testspielen gezielt auf das Heimturnier vorbereitet.

Fast alle Nationen hatten landesweite Behördenauswahlen mit Spielern der höchsten Spielklassen zusammengestellt. Daher wurde schnell klar, dass die deutsche Amateurtruppe mit bescheidenen Mitteln und Stärken krasser Außenseiter war und als oberstes Ziel Schadensbegrenzung betreiben musste.

Auch im zweiten Spiel war für die deutsche Vertretung nichts zu holen. Das Team bezog gegen Ungarn eine am Ende zu hohe 0:3-Niederlage. Dabei konnte die Partie in der ersten Halbzeit noch ausgeglichen gestaltet werden. Mit dem in der zweiten Halbzeit einsetzenden Regen kam aber auch die kalte Dusche in Form des 0:1-Rückstands. In der Schlussphase kassierte das deutsche Team nach individuellen Fehlern noch die Gegentrefner zwei und drei. Diese Niederlage wurde von den deutschen Spielern als unnötig empfunden.

Im abschließenden Spiel gegen Luxemburg holte die engagierte Mannschaft zumindest einen Sieg. Beim 4:3 entwickelte sich ein offener Schlagabtausch. Trotz des Erfolgs reichte es aber nur zum siebten und damit letzten Platz.

Die erfolgsverwöhnten Schachspieler Hajo Vatter (Karlsruhe) und Manfred Pärri (Bayern) konnten ihren guten Ruf verteidigen. Sie erkämpften und erspielten sich nach spannenden und interessanten Partien einen sehr guten dritten Platz hinter Ungarn und Luxemburg, wobei mit etwas Glück sogar noch mehr möglich gewesen wäre.

Henning Krause (Nordrhein-Westfalen), Ernst Rost (Bayern) und Marco Kritzer (Nordrhein-Westfalen) vertraten die deutschen Farben beim Tennis, ließen die Luxemburger und Österreicher hinter sich und wurden Fünfte.

Martin Schlicht (Hessen), Lars Dittrich (Sachsen-Anhalt), Ralf Neul (Hessen), Ingo Spiewok (Nordrhein-Westfalen) hatten im Tischtennis einen schweren Stand. Die Konkurrenz war sehr stark und so reichte es mit einem Sieg gegen Luxemburg nur zum sechsten Platz.

Die Belgier hatten bei der Eröffnungsfeier, beim obligatorischen Ausflug, während der Turnierwoche und insbesondere bei der Abschlussveranstaltung



> Die deutsche Delegation vor der Abschlussfeier des 54. Internationalen Finanzsportturniers in Hasselt.

keine Kosten und Mühen gescheut und machten einmal mehr ihrem Ruf als hervorragende Gastgeber alle Ehre. Enttäuschung über den letzten Platz des deutschen Teams im Gesamtklassement ist aber nicht angezeigt, spiegelt dieser doch nicht die Leistungen der einzelnen Sportler zutreffend wider. Zudem präsentierte sich die deutsche Delegation als sehr faire Verlierer und als erstklassige gute Launemacher.

Auf dem Heimweg waren sich alle Beteiligten einig: das Internationale Finanzsportturnier 2009 wird für sie ein unvergessliches Erlebnis bleiben, worauf sie bestimmt noch in vielen Jahren gerne zurückblicken werden.

2010 findet das 55. Internationale Finanzsportturnier in Szeged (Ungarn) statt. Dann heißt es für die deutschen Sportler wieder: „Neues Spiel – neues Glück!“

Endstand Nationenwertung – Hasselt 2009

Platz	Nation	Fußball	Tennis	Tischtennis	Schach	Gesamtpunkte
1	Ungarn	5	6	7	7	25
2	Belgien	11	5	3	2	21
3	Frankreich	9	4	5	3	21
4	Griechenland	3	7	6	1	17
5	Österreich	7	1	4	4	16
6	Luxemburg	2	2	1	6	11
7	Deutschland	1	3	2	5	11

Hohe Risiken am grauen Kapitalmarkt müssen mit Regeln gezähmt werden

Am 1. Juli dieses Jahres fand die letzte Expertenanhörung dieser Legislaturperiode im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages statt, zu der auch die DSTG geladen war.

Debattiert wurde über einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema Verbesserung des Anlegerschutzniveaus im sog. grauen Kapitalmarkt – ein Problemfeld, das zwar nicht einen direkten steuerrechtlichen Bezug aufweist,

welches jedoch im Hinblick auf notwendige Regulierungen des Finanzmarktes und sich daraus auch ergebende steuerliche Folgewirkungen ein wichtiges Thema der Steuer- und Finanzpolitik und damit auch für die DSTG ist.

Der Begriff grauer Kapitalmarkt wird in den Medien uneinheitlich definiert. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht ordnet jedes Geschäft auf dem Kapitalmarkt eindeu-

tig einem weißen, einem schwarzen oder einem grauen Kapitalmarkt zu, die jedoch keine Schnittmengen bilden. Danach fallen in den sog. weißen Kapitalmarkt alle Geschäfte, die unter Erlaubnisvorbehalt des Kreditwesengesetzes, des Investmentgesetzes oder des Versicherungsaufsichtsgesetzes stehen und mit einer entsprechenden Erlaubnis betrieben werden. Dem schwarzen Kapitalmarkt sind sämtliche Ge-

schäfte zuzurechnen, die unerlaubt und damit ohne eine eigentlich erforderliche Erlaubnis betrieben werden. Zum sog. grauen Kapitalmarkt gehören sämtliche Geschäfte, die weder dem weißen noch dem schwarzen Kapitalmarkt zugerechnet werden können. Dies bedeutet, dass nicht sämtliche Kapitalmarktgeschäfte auf dem grauen Kapitalmarkt unseriös sein müssen, das Risiko auf ein solches zu treffen ist jedoch sehr

hoch. Deshalb gehen die Experten davon aus, dass ein erheblicher Teil der von den Initiatoren und Vermittlern von Anlageprodukten des grauen Kapitalmarkts eingesammelten Gelder für die Kunden ganz oder teilweise verloren geht. Die Grenzen zwischen Verlusten aufgrund eines mit der Anlage verbundenen hohen Risikos und mangelnder Information der Anleger auf der einen Seite und dem Verlust des Geldes aufgrund betrügerischer Verhaltensweisen andererseits sind häufig fließend und für viele Anleger und Analysten kaum zu erkennen.

► Anlageprodukte oft mit unkalkulierbaren Risiken verbunden

In der Expertenanhörung machte ein Sachverständiger, der als Rechtsanwalt geschädigte Anleger vertritt, darauf aufmerksam, dass der graue Kapitalmarkt für den Anleger weitaus gefährlicher ist als der normale Wertpapiermarkt. Neben eines Totalverlustes des eingesetzten Kapitals hafte der Anleger bei einem Einstieg in eine Gesellschaft des bürgerlichen Rechts sogar mit seinem gesamten Vermögen. Berater, die solche Produkte anbieten würden, wüssten in der Regel nicht, welche Folgerisiken damit für ihre Kunden verbunden seien. Der Sinn und Zweck von Beteiligungen an atypisch stilten Gesellschaften bestehe zudem oft nur darin, Gelder von Anlegern einzutreiben. Es gebe im grauen Kapitalmarkt auch einen vorgetäuschten Handel mit Bankgarantien, fingierte Devisenspekulationen und betrügerische Scheck- und Wechselprogramme.

Hohe Verluste erleiden Anleger daneben beim Erwerb geschlossener Immobilienfondsanteile, bei Einlagen in Waren- und Devisentermingeschäften sowie bei Aktien mit sehr geringerem Wert, den sog. Pennystocks. Auch bei bestimmten Sparplänen mit geringen mo-

natlichen Ratenzahlungen, langen Laufzeiten und hohen Gewinnen mussten Anleger in der Vergangenheit feststellen, dass es sich dabei um risikoreiche oder betrügerische Anlageformen handelt, bei denen die Vermittler lediglich auf das Geld der Anleger aus sind. Eine der gefährlichsten und aggressivsten Verkaufstechniken für solche betrügerischen Produkte ist dabei das Telefonmarketing.

► Verbesserung des Schutzniveaus dringend erforderlich

Alle eingeladenen Sachverständigen sprachen sich für einen besseren Schutz der Anleger vor Produkten des sog. grauen Kapitalmarktes aus. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kritisiert u. a. in ihrem Antrag, dass der graue Kapitalmarkt mit geschlossenen Fonds und Fantasieprodukten bis heute bei sämtlichen zurückliegenden Regulierungsvorhaben des Kapitalmarktes unangetastet geblieben sei.

DSTG-Chef Dieter Ondracek, der die DSTG in der Anhörung vertrat, wies darauf hin, dass neben den notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen zur Verbesserung des Anlegerschutzes die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft bestimmend bleiben müssten. Dazu gehöre, dass der Bürger in seiner Investitionsentscheidung grundsätzlich eigenverantwortlich handelt – der Staat könne letztendlich einen absoluten Schutz gegen Anlagebetrügereien nicht gewährleisten. Der Gesetzgeber müsse jedoch einen verlässlichen Ordnungs- und Rechtsrahmen vorgeben, der seriöse Handelspraktiken, hohe Transparenz und einen möglichst umfassenden Schutz vor Anlagebetrügereien garantiert. Ondracek wies darauf hin, dass sich eine nicht unwesentliche Anzahl von Anlegern bewusst für Finanzprodukte des sog. grauen Kapitalmarktes entscheide, um mit diesen riskanten Anlageformen in möglichst kurzer Zeit hohe Ren-

den zu erzielen, ihre Steuerbelastung zu senken oder sich ganz dem Steueranspruch des Fiskus zu entziehen.

Dieser Klientel könne auch mit den besten Regularien nicht geholfen werden.

Einen richtigen Schritt in Richtung Reglementierung des grauen Kapitalmarktes habe der Gesetzgeber bereits mit dem Gesetz zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen im Jahr 2006 getan – eklatante Steuersparmodelle und -schlupflöcher konnten geschlossen und damit die Attraktivität bestimmter Anlageprodukte reduziert werden.

Nach Ansicht der DSTG ist zur Verbesserung des Anlegerschutzes notwendig, sämtliche Kapitalmarktprodukte aufsichts- und prüfungsrechtlichen Instrumentarien zu unterwerfen. Anlageformen des grauen Kapitalmarktes sollten deshalb konsequent in den Anwendungsbereich des Wertpapierhandelsgesetzes und des Kreditwesengesetzes einbezogen werden. Es ist dringend geboten, dass die derzeit rein formale Prospektkontrolle nach dem Wertpapierverkaufsprospektgesetz um eine inhaltliche Kontroll- und Risikoprüfung erweitert wird. Der DSTG-Chef schlug vor, verschiedene Risikostufen – geringes Risiko, mittleres Risiko, hohes Risiko – einzuführen, um damit dem Anleger die Folgewirkung seiner Anlageentscheidungen zu verdeutlichen. Auch sollten die Verkaufsprospekte um den Ausweis der Verkäuferprovision ergänzt werden, um damit die Beurteilung der Seriosität von Finanzprodukten zu verbessern. Mit weiteren Sachverständigen forderte der DSTG-Chef eine Ausbildung und Prüfung der Finanzberater, die zudem eine Erlaubnis für ihre Tätigkeit vorlegen müssten. Daneben sei es wichtig – wie bei Versicherungsmaklern –, auch für Finanzmakler und -berater eine obligatorische Berufshaftpflichtversicherung einzuführen.

► Einrichtung einer Task Force

Um Informationen zu unseriösen Anbietern von Finanzprodukten zu sammeln und zu veröffentlichen sprach sich Ondracek für die Einrichtung einer Task Force grauer Kapitalmarkt aus. Ähnlich wie in Österreich, wo bei der Finanzmarktaufsichtsbehörde eine Task Force grauer Kapitalmarkt mit weitreichenden Befugnissen im Rahmen von Verwaltungs- und Verwaltungsstrafverfahren entstand, könnten mit einer Task Force auch hierzulande unerlaubt betriebene Geschäfte effizienter verfolgt und damit der Anlegerschutz nachhaltig gestärkt werden. Durch im Internet veröffentlichte Listen könnte vor unseriösen Anbietern oder Vermittlern gewarnt und schnell und zielgerichtet auf neue und gefährliche Produkte reagiert werden. Als Sammelstelle für Informationen könnte eine Task Force daneben einen wichtigen Beitrag zur Effizienz der Strafverfolgung leisten. Nach Ansicht der DSTG muss mit dem Aufbau einer Task Force die Verbesserung der personellen Ausstattung der Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden einhergehen. Der Umstand, dass in zahlreichen Anlagebetrugsfällen Strafverfahren aufgrund von Verjährung eingestellt werden mussten zeigt, dass die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften mit entsprechend ausgebildetem Personal dringend geboten ist.

Da die Vorschläge zur Verbesserung des Anlegerschutzniveaus als Antrag und nicht als Gesetzentwurf in das parlamentarische Verfahren eingebracht worden sind – letzterer würde mit dem Ende der Legislaturperiode verfallen –, wird der Gesetzgeber dieses wichtige Thema nach der Bundestagswahl im September dieses Jahres wieder aufgreifen. Die DSTG wird das weitere parlamentarische Verfahren konstruktiv begleiten. ■



Antje Tillmann, CDU/CSU,
Wahlkreis Erfurt-Weimar-
Weimaer Land II



Dr. Axel Troost,
DIE LINKE,
Wahlkreis Bremen I



Dr. Barbara Höll,
DIE LINKE,
Wahlkreis Leipzig I



Carl-Ludwig Thiele,
FDP,
Wahlkreis Stadt Osnabrück

Die Abgeordneten des im ständigen Kontakt

In der öffentlichen Anhörung zum Thema grauer Kapitalmarkt am 1. Juli standen zum letzten Mal in der 16. Legislaturperiode die geladenen Experten und Sachverständigen den Abgeordneten zu steuerrechtlichen Fragen im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages Rede und Antwort.

Die DSTG konnte – wie in den 30 vorangegangenen Expertenbefragungen, für die sie nominiert wurde – die Praxis aus Sicht der Steuerverwaltung zu den gesetzlichen Novellierungen darlegen.

Der Arbeitsbereich des Finanzausschusses ist mit Ausnahme der Haushaltspolitik deckungsgleich mit den Zuständigkeiten des Bundesministeriums der Finanzen. Der Finanzausschuss hat die Aufgabe, Gesetzentwürfe, Anträge, Berichte, Vorlagen und Entschlüsse aus dem Bereich der Steuerpolitik federführend zu beraten. Vorlagen aus den Bereichen Geld-, Finanz-, Kredit- und Kapitalmarkt sowie Versicherungen werden ebenfalls federführend dem Finanzausschuss zur Beratung zugewiesen.

Der Finanzausschuss spiegelt wie sämtliche Bundestagsausschüsse die Mehrheitsverhältnisse des Deutschen Bundestages wider. Der Finanzausschuss der 16. Legislaturperiode zählt 36 Mitglieder, davon gehören 13 Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU, ebenfalls 13 Mitglieder der Fraktion der SPD, vier Mitglieder der Fraktion der FDP, drei Mitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und drei Mitglieder der Fraktion DIE LINKE an.

Vorsitzender des Finanzausschusses ist in der 16. Legislaturperiode Eduard Oswald (CDU/CSU-Fraktion), das Amt der stellvertretenden Vorsitzenden hat Gabriele Frechen (SPD-Fraktion) inne.

Nach dem Grundgesetz können Gesetzentwürfe beim Bundestag von der Bundesregierung, aus der Mitte des Bundestages und vom Bundesrat eingebracht werden. Gesetzentwürfe der Bundesregierung stellen nach Zahl und Gewicht die bedeutend-



Florian Pronold,
SPD,
Wahlkreis Rottal-Inn



Lydia Westrich,
SPD,
Wahlkreis Pirmasens



Ingrid Arndt-Brauer,
SPD,
Wahlkreis Steinfurt I-Borken I



Christian Freiherr von Stetten,
CDU/CSU, Wahlkreis
Schwäbisch Hall-Hohenlohe



Peter Rzepka, CDU/CSU,
Wahlkreis Berlin Tempelhof-
Schöneberg



Olav Gutting,
CDU/CSU, Wahlkreis
Bruchsal-Schwetzingen



Jörg-Otto Spiller,
SPD,
Wahlkreis Berlin-Mitte



Klaus-Peter Flosbach,
CDU/CSU, Wahlkreis
Oberbergischer Kreis



Gabriele Frechen, SPD, stell.
Vorsitzende des Finanzaus-
schusses, Wahlkreis Erftkreis I



Leo Dautzenberg,
CDU/CSU,
Wahlkreis Heinsberg



© Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achi Melde

Christine Scheel, Bündnis 90/Die Grünen, Wahlkreis Aschaffenburg



© Deutscher Bundestag/Thomas Koehler/photothek.net

Eduard Oswald, CDU/CSU, Vorsitzender des Finanzausschusses, Wahlkreis Augsburg-Land

Finanzausschusses mit der DSTG

sten Vorlagen dar. Grundlage für die Gesetzesentwürfe der Bundesregierung sind die Koalitionsvereinbarungen der Regierungsparteien, aus denen die Eckpunkte eines Gesetzentwurfes entwickelt werden, die dann in einen Referentenentwurf des Bundesministeriums der Finanzen eingehen.

Im Anschluss an Anhörungen der Verbände beim Bundesministerium der Finanzen, zu denen die DSTG ebenfalls Zugang hat, folgen eine Erörterung des Referentenentwurfes mit den Ländern und Ressortgespräche innerhalb der Bundesregierung. Danach entsteht der Kabinettsentwurf, der schließlich durch Kabinettsbeschluss zum Regierungsentwurf wird.

Nach Zuleitung des Regierungsentwurfs an den Bundesrat kann dieser grundsätzlich innerhalb einer Frist von sechs Wochen zur Vorlage Stellung nehmen. Im Deutschen Bundestag folgt eine erste Lesung mit anschließender Überweisung der Gesetzesvorlage zur Beratung an den Finanzausschuss.

In den Sitzungen des Finanzausschusses folgen öffentliche Expertenanhörungen, zu denen die DSTG geladen wird und dadurch die Chancen nutzen kann, Steuerreformvorhaben aus Sicht der Praxis, das heißt der Beschäftigten der Steuerverwaltung zu beleuchten. Die DSTG macht dabei von der Möglichkeit einer schriftlichen Stellungnahme Gebrauch, die mit dem Wortprotokoll der Anhörung unter www.bundestag.de veröffentlicht wird.

In Form von Änderungsanträgen finden die Ergebnisse der Expertenanhörung sowie weitere Vorstellungen der Koalitionsfraktionen Eingang in die letzte Fassung einer Gesetzesvorlage. Der Finanzausschuss stimmt über eine Beschlussempfehlung ab und informiert in einem Bericht das Plenum des Deutschen Bundestages. Das Plenum nimmt diese Beschlussempfehlung und den Bericht zur Grundlage seiner abschließenden Beratung und der Beschlussabstimmung über die Gesetzesvorlage.



© Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achi Melde

Ortwin Runde, SPD, Wahlkreis Hamburg-Wandsbeck



© Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achi Melde

Dr. Gerhard Schick, Bündnis 90/Die Grünen, Wahlkreis Mannheim



© Deutscher Bundestag/Frank Osenbrink

Dr. Hans Michelbach, CDU/CSU, Wahlkreis Coburg



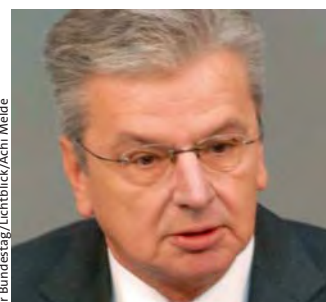
© Deutscher Bundestag/H.J. Müller

Dr. Volker Wissing, FDP, Wahlkreis Südpfalz



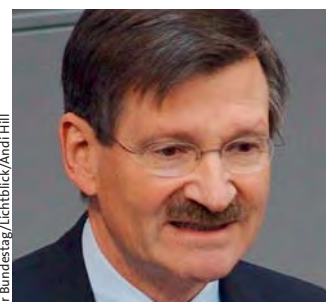
© Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achi Melde

Dr. Hans-Ulrich Krüger, SPD, Wahlkreis Wesel I



© Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achi Melde

Joachim Poß, SPD, Wahlkreis Gelsenkirchen



© Deutscher Bundestag/Lichtblick/Andi Hill

Dr. Hermann Otto Solms, FDP, Wahlkreis Gießen



© Deutscher Bundestag/Frank Osenbrink

Volker Kröning, SPD, Wahlkreis Bremen I



© Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achi Melde

Manfred Kolbe, CDU/CSU, Wahlkreis Delitzsch-Torgau-Oschatz-Riesa



© Deutscher Bundestag/Foto- und Filmstelle

Otto Bernhardt, CDU/CSU, Wahlkreis Rensburg-Eckernförde



© Deutscher Bundestag/photothek/Thomas Imo

Lothar Binding, SPD, Wahlkreis Heidelberg

Gewerkschaftsseminar mit regionalem Bezug in Sachsen-Anhalt



Die Seminar teilnehmerinnen und -teilnehmer mit den Dozenten in Magdeburg.

Vom 13. bis 15. Mai 2009 trafen sich Kolleginnen und Kollegen des Landesverbandes Sachsen-Anhalt in Magdeburg, um in einem Seminar der dbb akademie zur Mitgliederwerbung und -betreuung neue Erkenntnisse und Anregungen für die Gewerkschaftsarbeit zu gewinnen. Der breit gefächerte Teilnehmerkreis von langjährigen

Gewerkschaftsmitgliedern und neu gewählten Ortsverbandsvorsitzenden machte einen regen Erfahrungsaustausch möglich.

Unter der bewährten Seminarleitung der stellvertretenden DSTG-Bundesvorsitzenden, Anne Schauer, sowie den erfahrenen Dozenten Hans-Jürgen Schnieber (Landesverband

Nordrhein-Westfalen) und Detlef Dames (Landesverband Berlin) wurde den Kolleginnen und Kollegen grundlegende Kenntnisse zur Gestaltung und Organisation der Gewerkschaftsarbeit an der Basis vermittelt. Der Vorsitzende des dbb Landesverbandes Sachsen-Anhalt Maik Wagner informierte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über

die Arbeit des dbb in Sachsen-Anhalt und über die Umsetzung des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst.

Einhellig zogen die Kolleginnen und Kollegen ein positives Fazit der Veranstaltung für ihr künftiges gewerkschaftliches Engagement und befürworteten eine Fortsetzung dieses Seminars mit regionalem Bezug.

Der Landesverband Sachsen-Anhalt bedankt sich bei der Bundesgeschäftsstelle der DSTG, insbesondere beim Kollegen Heinz Gewehr für die Organisation und Vorbereitung, sowie bei Kollegin Anne Schauer und den Kollegen Hans-Jürgen Schnieber und Detlef Dames für die ausgezeichnete Durchführung des Seminars. Den DSTG-Landesverbänden kann auf Grund der positiven Erfahrungen die Durchführung einer solchen Veranstaltung unbedingt empfohlen werden. ■

Gewerkschaftspolitische Seminare der Bundesleitung sehr beliebt

In Zusammenarbeit mit der dbb akademie Königswinter veranstaltet die DSTG-Bundesleitung regelmäßig gewerkschaftspolitische Seminare, auf denen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Mitgliederbetreuung und -gewinnung als Kernaufgabe gewerkschaftlicher Arbeit kennenlernen. U. a. werden Anregungen vermittelt, um die Motivation als wichtiges Mittel zur Gewinnung neuer Mitglieder und Aktivierung von Mitgliedern für neue Aufgaben erfolgreich einzusetzen.

Die gewerkschaftlichen Schulungsveranstaltungen erfreuen sich seit Jahren großer Beliebtheit bei den Vorsitzenden der Ortsverbände. Nicht zuletzt

stärken die Kolleginnen und Kollegen ihre persönlichen Fähigkeiten, erfolgreich auf Menschen zuzugehen und selbstsicher für die Mitglieder zu wirken.

Die Seminare werden grundsätzlich von Mitgliedern der Bundesleitung geleitet und mit großem Engagement mit Mitgliedern des Werbeausschusses durchgeführt.

Unser Foto zeigt die Teilnehmergruppe des Seminars G 26, das Ende Juni dieses Jahres im dbb forum sieben-gebirge in Königswinter-Thomasberg stattfand, mit den Dozenten Detlef Dames (6. v. l.) und Hans-Jürgen Schnieber (2. v. r.). ■



Dieter Ondracek zu Gast auf dem Parteitag der SPD Bayern

Auf Einladung der bayerischen SPD war der DSTG-Vorsitzende Dieter Ondracek Gast auf dem Parteitag des Landesverbandes. Die bayerische SPD erreichte bei den Europawahlen im Juni nur 12,8 % der Wählerstimmen. Dieses Ergebnis markiert einen absoluten Tiefpunkt für den Regionalverband. Die Stimmung der Delegierten fiel entsprechend aus.

Der scheidende Vorsitzende Ludwig Stiegler aus Weiden verabschiedete sich mit einem „mea culpa“ und meinte zerknirscht, er hätte gern ein besseres Stimmenpotenzial übergeben. Er versprach den Delegierten, dass er noch mithelfen wolle, das was „versaubeutelt wurde“ wieder aufzuholen.

Neu gewählt wurde von den Delegierten eine junge Führungsmannschaft, die sich vorgenommen hat, die Ärmel hochzukrempeln und schon bei der Bundestagswahl das Europawahlergebnis verdoppeln will.

Florian Pronold, der dem DSTG-Bundesvorsitzenden durch die fachliche Zusammenarbeit im Finanzausschuss des Deut-

schen Bundestages bekannt ist, wurde mit weit über 90 % der Stimmen zum neuen Vorsitzenden gewählt. Florian Pronold, Jahrgang 1972, ist damit der jüngste SPD-Vorsitzende in Bayern, den es je gab. Natascha Kohnen, Jahrgang 1967, eine Landtagsabgeordnete aus dem Landkreis München, wurde in das Amt der Generalsekretärin gewählt.

Mit Florian Pronold pflegt der DSTG-Vorsitzende in Berlin eine enge und gute Zusammenarbeit. Nicht nur in den Sitzungen des Bundestags-Finanzausschusses, sondern auch außerhalb des Bundestages, traf der DSTG-Bundesvorsitzende öfter mit Florian Pronold zusammen, um steuerpolitische Vorhaben zu diskutieren. Dabei zeigte sich Pronold aufgeschlossen, die Meinung der DSTG zu hören und diese auch initiativ in den Bundestag einzubringen. Der DSTG-Bundesvorsitzende dankte Florian Pronold für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren in Berlin und wünschte ihm für sein neues schweres Amt Glück und Erfolg. Ein Wahlergebnis von 12,8 % könne nur besser werden. ■



> Florian Pronold (li.) und Dieter Ondracek

Frauen führen anders

Im Juni fand erstmals ein Seminar der DSTG-Bundesfrauenvertretung für „Frauen in Führungspositionen“ an der dbb akademie in Königswinter-Thomasberg statt. Unter der gemeinsamen Seminarleitung von Andrea Sauer-Schnieber, Vorsitzende der DSTG-Bundesfrauenvertretung, und dem stellvertretenden DSTG-Bundesvorsitzenden Thomas Eigenthaler konnten 20 weibliche Führungskräfte aus den Steuerverwaltungen aller Bundesländer Informationen zur Psychologie der Führung und zu einer besseren „Work-Life-Balance“ sammeln und austauschen.

Im Rahmen kompetenter Vorträge und bei der jeweils sich anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass Frauen tendenziell eher partizipativer und beziehungsorientierter führen, während Männer eher einen

autokratischeren und sachlichen Führungsstil bevorzugen. Eingehend erörtert wurden auch die vielfältigen Schwierigkeiten, mit denen gerade Frauen mit Kindern zu kämpfen haben, wenn sie eine Führungsposition erklimmen wollen. Auch das Thema „Führung in Teilzeit“ nahm breiten Raum ein, und es wurde deutlich, dass an diesem Punkt großer Handlungsbedarf besteht.

Ungewohnt war die Seminarleiterfunktion für den stellvertretenden Bundesvorsitzenden Thomas Eigenthaler, der sich urplötzlich in der Rolle des „einzigen Mannes“ wiederfand. Für ihn wurde sehr schnell deutlich, wie sich Frauen in reinen Männergremien fühlen müssen. Die freundschaftliche Atmosphäre und die Diskussionsfreudigkeit der Teilnehmerinnen waren selbst für den „erprobten“ Semi-

Steuerfachmann/frau gesucht

LBV
Lohnsteuer-Beratungs-Verein e.V.
Lohnsteuerhilfverein

Steuerfachmann/frau gesucht

Für die Betreuung von Arbeitnehmern und Rentnern suchen wir eine/n erfahrene/n Berater/in.

Wir erwarten:

Überdurchschnittliche Kenntnisse im Einkommensteuer- und Verfahrensrecht
Erfahrungen in der Arbeitnehmerberatung
und Erstellung von Einkommensteuererklärungen

Wir bieten:

überdurchschnittliche Bezüge
betriebliche Altersversorgung
kontinuierliche Fortbildung
gute Aufstiegsmöglichkeiten

Ihre ausführlichen Bewerbungsunterlagen richten Sie bitte an:

LBV
Lohnsteuer-Beratungs-Verein e.V.
-Lohnsteuerhilfverein-
Bahnhofstr. 16 a
59065 Hamm
Telefon: 02381 /92427-0
Telefax: 02381 /92427-27
eMail: info@lbv-hamm.de
Internet: www.lbv-hamm.de

narleiter eine Besonderheit. Der DSTG-Vize nahm viele Informationen und Anregungen mit. Er sicherte den Teilnehmerinnen zu, diese in die Gewerkschaftsarbeit einfließen zu lassen.

Als besonderer Gast und als Referentin konnte für dieses Seminar auch die Staatssekretärin des Finanzministeriums NRW, Angelika Marienfeld, gewonnen werden. Neben persönlichen Erfahrungen zur Situation von Frauen in Führungspositionen, über die sie sehr anschaulich berichtete, machte Frau Marienfeld deutlich, dass gerade auch für Frauen Netz-

werke und Mentoring unverzichtbare Instrumente seien, um Führungspositionen zu erreichen. Viele Frauen in Führungspositionen seien kinderlos. Fehlende, bedarfsgerechte Kinderbetreuung hemmten das Karrierestreben von Frauen.

Die überaus positive Resonanz und die hohe Anzahl der Bewerbungen für dieses Seminar machten eines deutlich: Es besteht ein dringender Bedarf für ein solches Seminar. Wir machen deshalb weiter! Im nächsten Jahr soll wieder ein Seminar für Frauen in Führungspositionen angeboten werden. ■



Die Teilnehmerinnen des Seminars mit Angelika Marienfeld (Staatssekretärin des FinMin NRW, vordere Reihe 4. v. r.), der Vorsitzenden der DSTG-Bundesfrauenvertretung Andrea Sauer-Schnieber (vorne 3. v. r.) und Thomas Eigenthaler (stellv. Bundesvorsitzender).

TAUSCHHECKE

St'in aus Bayern sucht dringend aus familiären Gründen eine/n Tauschpartner/in aus Berlin oder Brandenburg, ggf. auch Ringtausch. Ein Versetzungsantrag ist bereits gestellt. Bitte melden unter 01 63/2 37 98 35 oder 01 78/4 66 09 00.

StS'in (A 6) aus Hessen sucht aus familiären Gründen dringend Tauschpartner/in aus Thüringen. Bevorzugte Finanzämter: Erfurt, Gotha, Jena, Suhl, Eisenach, Ilmenau. Auch Ringtausch möglich. Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Bitte melden unter 69/030-217.

Steueroberinspektorin (A 7) aus dem Geschäftsbereich Oberfinanzdirektion Rheinland sucht Tauschpartner aus Brandenburg. Versetzungsantrag ist bereits gestellt. Kontakt: anjameier3@gmx.de oder 01 77/53 00 46.

StOS'in (A 7) aus dem Saarland sucht Tauschpartner/in aus Baden-Württemberg (bevorzugt: Pforzheim, Calw, Karlsruhe). Versetzungsantrag ist gestellt. Auch Ringtausch möglich. Bitte meldet Euch unter 01 51/27 13 23 79 oder tauschgesuch@gmx.de.

StOS'in (A 7) aus Hessen (FA Frankfurt) sucht aus familiären Gründen dringend einen Tauschpartner/in aus Rheinland-Pfalz. Bevorzugte Finanzämter im Bereich Hachenburg-Altenkirchen sowie Montabaur. Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Bitte melden unter 01 70/2 99 25 51 oder 0 26 62/94 18 91.

StI'in (A 9) aus NRW (OFD Münster) sucht dringend aus familiären Gründen einen Tauschpartner aus Sachsen-Anhalt (OFD Magdeburg), vorzugsweise FÄ Magdeburg und Stendal. Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Bitte meldet Euch unter 01 72/9 51 96 42.

StS'in (A 6) Hessen sucht dringend aus familiären Gründen Tauschpartner/in (ggf. Ringtausch) aus Bayern. Bevorzugte Ämter – alle im Regierungsbezirk Oberbayern – (auch München), Landsberg am Lech, Fürstfeldbruck oder Füssen. Versetzungsanträge wurden bereits gestellt. Bitte melden unter 0 15 1/11 51 80 50 oder project84@freenet.de

Steuerinspektorin z. A. (A 9) aus Hessen (OFD Frankfurt) sucht Tauschpartner/in aus Hamburg oder Schleswig-Holstein. Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Bei Interesse bitte ich um Rückmeldung unter 01 70/4 93 10 13 (ab 17 Uhr).

StHS'in (A 8) sucht aus familiären Gründen dringend eine/n Tauschpartner aus Baden-Württemberg oder optimal Berlin bzw. Brandenburg (Ringtausch) nach Hessen (FA Frankfurt). Versetzungsanträge wurden bereits gestellt. Tel.: 0 151 / 12 15 83 02.

Amtsrat (A 12) aus Hessen sucht aus familiären Gründen eine/n Tauschpartner/in aus Nordrhein-Westfalen. Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Bitte meldet Euch unter 0 1 70/5 25 89 17 oder versetzung_he_nrw@onlinehome.de

StI'in (A 9) aus dem Bundesland Brandenburg sucht dringend eine/n Tauschpartner/in aus Sachsen-Anhalt, ggf. auch im Wege des Ringtausches. Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Da eine Versetzung nahe an Berlin (FA Potsdam) ggf. möglich wäre, wäre das vielleicht auch eine Alternative für jemanden, der eigentlich nach Berlin möchte. Interessenten bitte melden unter 01 77/7 67 43 19 oder h_friedrich80@yahoo.de

StOS (A 7) aus Rheinland-Pfalz sucht aus familiären und beruflichen Gründen der Ehefrau dringend Tauschpartner im Bereich der OFD Münster oder Hannover. Bevorzugte FÄ: Minden, Lübbecke und alle FÄ im Umkreis von 40 km rund um Hannover sowie in Hannover selbst. Ringtausch ist möglich, Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Bitte melden unter 06 51/93 60 34 22 oder 01 57/2 17 31 38.

StHS'in (A 8) aus Thüringen sucht dringend aus familiären Gründen eine/n Tauschpartner/in aus Bayern. Bevorzugte FÄ in Nürnberg, FA Fürth, Erlangen, Hersbruck, Forchheim oder Schwabach. Auch Ringtausch möglich. Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Bitte meldet euch bei mir unter 01 78/7 96 54 59 oder wagnerdeutschland@gmx.de

StAI'in (A 9) mittl. Dienst aus dem Geschäftsbereich OFD Rheinland sucht dringend aus familiären Gründen Tauschpartner aus Brandenburg, vorzugsweise FÄ Potsdam, Oranienburg oder Berlin, vorzugsweise FÄ Pankow/Weißensee, Prenzlauer Berg, Reinickendorf, Treptow-Köpenick, Zehlendorf oder Spandau. Versetzungsanträge wurden bereits gestellt. Bitte meldet Euch unter 0 21 71/4 07 27 23, ab 19.00 Uhr unter 0 21 71/34 39 88 oder widder72@gmx.de

StOI'in (A 10) aus NRW sucht aus familiären Gründen einen Tauschpartner/in aus Baden-Württemberg oder Bayern. Ein Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Bitte melden Sie sich unter 0 83 80/98 34 76.

StI'in (A 9) aus NRW (OFD Rheinland) sucht Tauschpartner/in aus Niedersachsen (bevorzugt FA Syke, Delmenhorst) oder Bremen (bevorzugt FA Mitte, Ost). Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Bitte meldet euch unter 0 25 15/8 54 21 52 oder 01 78/8 31 93 11.